ZEIT ONLINE

Ukraine

Die Oligarchen wehren sich

Die Politik der Ukraine ist geprägt von Skandalen. Das alte, korrupte System wehrt sich vehement gegen aussichtsreiche Reformen. Ob sie gelingen, liegt auch an der EU.

Ein Gastbeitrag von **Andreas Umland**

2. Januar 2017, 10:08 Uhr / 272 Kommentare

Protest gegen Wladimir Putin: Am 14. Oktober 2016, dem Tag der Verteidiger der Ukraine, verbrennt ein Aktivist vor der russischen Botschaft in Kiew ein Poster mit dem Bild des russischen Präsidenten. Die Ukraine reformiert sich und will liberaler, westlicher werden – Putin dürfte das nicht gefallen. © Gleb Garanich/Reuters

Die westliche Staatengemeinschaft hat die Ukraine in den vergangenen zwei Jahren mit erheblichen Mitteln dabei unterstützt, das Land zu stabilisieren und Reformen voranzutreiben. Denn der ukrainische Staat stand 2014, nach der Euromaidan-Revolution und der verdeckten russischen Intervention auf der Krim [http://www.zeit.de/thema/krim-annexion] und im Donezbecken, vor dem Kollaps. Der Zusammenbruch wurde zwar durch die Anstrengungen der ukrainischen Zivilgesellschaft und mit westlicher Finanzhilfe abgewendet. Doch ist Kiew nun auf dem richtigen Weg?

Im Gegensatz zum Bild, welches westliche Medienberichterstattung zur Ukraine [http://www.zeit.de/thema/ukraine] manchmal vermittelt, ist ein langsamer, jedoch ernsthafter Reformprozess in dem postsowjetischen Land im Gange. Zwar sind die ukrainische Politik und Gesellschaft heute

nicht weniger, sondern womöglich noch mehr als zuvor von Skandalen und Anschuldigungen geprägt [http://www.zeit.de/2016/09/ukraine-krise-natalija-jaresko]. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, die Lage sei schlimmer als früher. Tatsächlich aber zeugen die sich verschärfenden politischen Konflikte in Kiew von der zunehmenden Tiefe, Nachhaltigkeit und Unumkehrbarkeit der Veränderungen.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren [http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/vereinte-nationen-ukraine-konflikt-tote] wurde eine Vielzahl neuer Gesetze angenommen, und es entstanden neue Institutionen, etwa zur Korruptionsbekämpfung [http://www.zeit.de/2016/48/michail-saakaschwili-ukraine-georgien-korruption]. Nun beginnt allmählich die zwar häufig stockende, aber dennoch fortschreitende Umsetzung neuer Wirtschafts-, Verhaltens- und Verwaltungsregeln im täglichen Leben. Dies hat für einige Bevölkerungsteile – nicht zuletzt für einen Großteil der alten Wirtschafts- und Politikerelite – unangenehme, ja manchmal schmerzliche Folgen. Lang gewohnte Subventionen, lieb gewonnene Privilegien, alte Pfründe, eingespielte Mechanismen und weit gesponnene Netzwerke fallen weg oder verlieren an Bedeutung.

Die Folge: In den ukrainischen Medien, Ministerien und Parlamenten wird heftig um Interessen und Einfluss gestritten. Allwöchentlich gibt es neue Korruptionsvorwürfe gegen Amtspersonen, selbst gegen den Präsidenten des Landes. Oft sind die Anschuldigungen gerechtfertigt, aber manchmal wird auch gezielt gelogen und diffamiert. Die berüchtigten Oligarchen sind noch immer nicht aus den staatlichen Entscheidungsprozessen verdrängt. Sie spüren, dass ihre Zeit endet und wehren sich umso aggressiver gegen den Reformprozess, um möglichst viele Schäfchen ins Trockene zu bringen, solange sie das noch können.

Warum sich die Transformation fortsetzen wird

Doch trotz des Widerstands der alten Elite ändert sich das Land. Das liegt nicht an einem etwaigen Sinneswandel unter den Politikern. Noch immer sind politische Parteien gekauft, werden Beamtenapparate korrumpiert und funktioniert die Wirtschaft über informelle Netzwerke.

Aber all das findet in einem neuen Umfeld statt. Die ukrainische Zivilgesellschaft ist zu einem gewichtigen Faktor in nationalen Gesetzgebungsverfahren und im staatlichen Entscheidungsprozess geworden. Die Aktivisten und Bürgerorganisationen der sogenannten Orange Revolution vom November/Dezember 2004 hatten sich damals im

ANDREAS UMLAND

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation in Kiew und Herausgeber der Buchreihe *Soviet and Post-Soviet Politics and Society* [http://www.ibidemverlag.de/Series/Soviet-and-Post-Soviet-Politics-and-Society/] beim ibidem-Verlag Stuttgart.

Anschluss an ihren zunächst erfolgreichen Wahlaufstand wieder aus der Politik zurückgezogen – woraufhin die alte politische Klasse, sich selbst überlassen, in zermürbenden Flügelkämpfen und Korruptionsskandalen versank. Deren Folgen spülte schließlich 2010 einen der übelsten Vertreter der postsowjetischen Politikerklasse, Wiktor Janukowitsch, an die Macht. Heute aber sind viele der Initiatoren der sogenannten Revolution der Würde von 2013/2014 im politischen Prozess verblieben. Hunderte einstige, meist junge Bürgerrechtler üben derzeit als Parlamentarier, Lobbyisten, Publizisten, Analysten, Anwälte und Beamte in Kiew und den Regionen Druck auf die immer noch dominante, alte politische Klasse aus.

Auch die Rolle internationaler, meist westlicher oder westlich geprägter Organisationen und auch der westlichen Botschaften hat sich verändert. Der Internationale Währungsfond und die Europäische Union stellen heute – gemeinsam mit Dutzenden weiteren Geberorganisationen – der Ukraine eine Art neuen Marshallplan zur Verfügung. Mit dem Geld aus Brüssel, Washington und Berlin gehen auch härtere Forderungen nach mehr Transparenz, substanzieller Transformation und vorzeigbaren Resultaten einher.

Häufig arbeiten die westlichen Diplomaten und Geldgeber in Kiew mit ukrainischen Aktivisten, Forschern und Journalisten zusammen, wenn sie die Bedingungen für ihre Unterstützung festlegen. Die alte politische Klasse ist daher heute in einer Art Sandwichsituation gefangen: Von der einen Seite fordert die Zivilgesellschaft schnellere Reformen. Von der anderen Seite verleihen die internationalen Geber diesen Forderungen Gewicht.

Die Ukraine wird ein neues Land

Die Transformation dürfte freilich auch in Zukunft von Rückschlägen, Stagnationsphasen und Zickzackbewegungen geprägt bleiben. Durch den doppelten Druck der Bürgerrechtler und Geldgeber werden die laufenden grundlegenden Reformen aber letztlich zum Erfolg führen.

In circa zehn Jahren wird die Ukraine wohl ein anderes Land mit weniger Korruption, einem erfolgreicheren Wirtschaftsmodell und besserem

Verwaltungsapparat sein. Ein Großteil des weitreichenden ukrainischen Assoziierungsabkommens mit der EU sowie des derzeit anlaufenden tief gehenden Dezentralisierungsprogramms wird in die Praxis umgesetzt sein. Damit wird die Ukraine auch als Neumitglied für die EU [http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/ukraine-eu-mitgliedschaft-zehn-jahre-wladimir-groisman-premier] interessant. Früher oder später wird sie wohl Beitrittsverhandlungen aufnehmen.

Das Ukrainemodell gegen das Putinsystem

Natürlich gibt es Risiken. Die größte Gefahr droht weniger von den innerukrainischen Reformgegnern – sie kommt vielmehr aus Moskau und Minsk. Gelingen die Reformen, entsteht in der Ukraine ein Gegenmodell zu den kleptokratischen Diktaturen im postsowjetischen Raum. Solange Russland und Belarus [http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/belarus-bssr-russland-nationalbewusstsein] nicht selbst ernsthafte Reformen beginnen und sich der EU annähern, werden die Fortschritte der Ukraine für ihre Potentaten zunehmend zur innenpolitischen Bedrohung. Neue Eskalationen insbesondere in der Ost- und Südukraine [http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/ostukraine-waffenruhe-gebrochen-separatisten-regierung] sind deshalb nicht ausgeschlossen.

Seinen Hybridkrieg niedriger Intensität gegen die Ukraine, der oft unter dem Radarschirm westlicher Medienaufmerksamkeit stattfindet, wird Moskau womöglich ohnehin fortführen. Die ständigen Scharmützel vergiften bereits über zwei Jahre das ukrainische Geschäfts- und Investitionsklima – insbesondere in jenen Gebieten, die in Moskau gern als "Neurussland" bezeichnet werden.

Solange dieses fundamentale Sicherheitsproblem der Ukraine ungelöst bleibt, besteht das Risiko, dass alle Reformanstrengungen und westliche Hilfsmilliarden letzten Endes sinnlose Mühe bleiben. Im schlimmsten Fall könnte eine neue russische Offensive oder konzertierte Unterwanderung zu einem Kollaps des ukrainischen Staates führen, was für die EU unter anderem Millionen neuer Flüchtlinge [http://www.zeit.de/thema/fluechtling] aus Osteuropa bedeuten würde. Die westlichen Entscheidungsträger, allen voran in der EU und ihren Mitgliedsstaaten, müssen sich deshalb intensivere Gedanken darüber machen, wie das fundamentale Sicherheitsproblem der Ukraine zu lösen sein kann.

Defensivwaffen, Sicherheitsgarantien, Investitionsschutz

Da weder eine EU- noch Nato-Mitgliedschaft in den kommenden Jahren möglich erscheinen, wird die Ukraine – wie auch Moldau und Georgien – bis auf Weiteres in einer geopolitischen Grauzone verbleiben. Vor diesem Hintergrund sind andere Instrument vonnöten, um die Sicherheit des ukrainischen Staates sowie ausländischer Investitionen in der Pufferzone zu garantieren.

Den westlichen Staaten stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung: Sie können Defensivwaffen liefern, etwa moderne Panzer- und Flugabwehrraketen. Die westlichen Garantiemächte des Atomwaffensperrvertrages könnten Kiew Sicherheitszusagen erteilen. Und die Einrichtung eines Versicherungsmechanismus, um Direktinvestitionen gegen politische Risiken insbesondere in der Ost- und Südukraine zu schützen, ist überfällig.

Darüber hinaus muss Brüssel bereits heute Moskau signalisieren, wie hoch das Interesse der EU an einer stabilen Ukraine ist. Anders als 2014 sollte dem Kreml bereits im Voraus mitgeteilt werden, welche zusätzlichen Sanktionen die Union einsetzen würde, sollte der Kreml wieder an der Eskalationsspirale drehen oder sich gar in der Ukraine wie in Syrien verhalten.

Letztlich sollte der Westen seine Unterstützung für die Bildung einer regionalen osteuropäischen Verteidigungskoalition zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Nato signalisieren. Nato-Mitgliedsstaaten wie Polen oder Litauen, die ein hohes nationales Interesse am Erfolg der Ukraine haben, sollten ermutigt werden, mit Kiew in Sicherheitsfragen enger zu kooperieren. Angesichts der hohen gesamteuropäischen Risiken, die sich mit einer Destabilisierung der Ukraine verbinden würden, ist die Errichtung dieser und anderer Stützpfeiler einer osteuropäischen Sicherheitsstruktur im ureigenen Interesse auch der westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.